



## Zum Volksbegehren gegen Lehrermangel und fehlendes pädagogisches Personal an den Schulen – UPDATE vom 15.06.2020

Liebe Eltern, Großeltern, Unterstützer und Interessierte,

uns alle eint die Sorge um die Entwicklung der Corona-Pandemie, damit verbunden auch die um unsere Nächsten und nicht zuletzt auch ökonomische Auswirkungen der verordneten Maßnahmen. Auch wenn wir davon sehr erfüllt sind, bestimmen auch andere Themen wesentlich unsere Zukunft. So wenden wir uns mit einem anderen wichtigen Thema an Sie: Die Bekämpfung des Lehrermangels und der durch Personalmangel nachlassenden Qualität unseres Schulwesens.

Derzeit fehlen nach unserer Schätzung über 2.000 Lehrer im Land. Ausgebildete Lehrer gehen häufig lieber in andere Bundesländer, wo sie schneller einen Arbeitsvertrag bekommen, Seiteneinsteiger werden unzureichend begleitet und stoßen vielerorts auf keinerlei Willkommenskultur. Zudem sind viel zu wenige Lehrer in Ausbildung, wenn man bedenkt, dass 45% der Lehrer über 55 Jahre alt sind und wir seit 10 Jahren wachsende Schülerzahlen haben.

Fast 100.000 Bürgerinnen und Bürger unterzeichneten im Jahr 2017 den Antrag auf eine Volkinitiative, wodurch das Thema im Landtag behandelt wurde. Die Beschlüsse dort wurden nur halbherzig umgesetzt, so dass wir mit unseren Bündnispartnern von 2017 im letzten Jahr den Antrag auf das Volksbegehren „Den Mangel beenden“ stellten, für das **seit dem 8.1.2020 Unterschriften** gesammelt werden. Ziel ist nun eine Schulgesetzänderung, durch die Personalschlüssel für die einzelnen Schulformen vorgegeben werden. Wichtig ist, hierfür (nach einer Fristverlängerung) **bis zum 18.08.2020 ca. 170.000 Unterschriften** von Wahlberechtigten zum Landtag Sachsen-Anhalts zu sammeln, damit der Landtag die vorliegende Schulgesetzänderung beschließen oder einem Volksentscheid in 2021 zuführen muss.

Diese Sammlung sollte in den Schulen beginnen, sich über die Eltern in den Familien- und Bekanntenkreis ausbreiten und durch Sammlungen in Einkaufszentren, auf Volksfesten etc. ergänzt werden. Dazu ging im Dezember ein Brief an die Schulelternräte, wovon lt. Stichprobe leider mehr als zwei Drittel nicht ankamen. Nach geltender Rechtslage in unserem Land ist kein erneuter Versuch eines gleichen Volksbegehrens innerhalb von zwei Jahren erlaubt und für Volksbegehren nur eine papiergebundene Unterschriftensammlung mit strikten Formvorlagen, also auch keine Onlinesammlung, zulässig.

Die Sammlungen im öffentlichen Raum waren und sind zum Teil auch jetzt noch massiv durch die Pandemiemaßnahmen eingeschränkt. Deshalb **unsere dringende Bitte an Sie:** Drucken Sie sich den [Unterschriftsbogen](#) aus, unterschreiben Sie, lassen Sie Leute aus Ihrem Kontaktkreis unterschreiben (achten Sie dabei darauf, dass **je [Meldebehörde](#) ein separates Blatt** nötig ist und Ihre Angaben vollständig, lesbar und korrekt sind, sonst wird die Unterschrift nicht anerkannt!) und leiten Sie diesen Aufruf an die Menschen in Ihrem sozialen Umfeld weiter, damit auch diese unterschreiben und den **Aufruf weiterleiten**. Nur so können wir den nötigen Druck auf die Politik aufbauen, damit der Unterrichtsausfall – schon vor den Corona-Maßnahmen fiel für jede/n Schüler/in Unterricht im Umfang von durchschnittlich einem Schuljahr aus – reduziert wird und pädagogisches Personal (Lehrer/innen, Pädagogische Mitarbeiter/innen und Schulsozialarbeiter/innen) an den Schulen wieder in angemessenem Umfang aufgebaut wird.

Und mindestens genauso wichtig: Senden Sie den Bogen an die Adresse auf dem Unterschriftsbogen. Wer keine Briefmarke zur Hand hat, kann sich mit „[Handyporto](#)“ behelfen, wem die Briefmarke zu teuer ist, der möge sich überlegen, was auch nur eine Stunde Nachhilfe kostet. Weitere Fragen und Antworten zum Volksbegehren finden Sie [hier](#).

Bleiben Sie gesund! Helfen Sie mit! Jetzt!

Mit freundlichen Grüßen

Der Vorstand des Landeselternrates